

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 24 (1944-1945)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Der Weg von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft  
**Autor:** Röpfe, Wilhelm  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-159186>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Marktwirtschaft in Gefahr gerät und ohne daß sich der Wohlstand zu sehr vermindert?

3. Angesichts der Tatsache, daß in einer arbeitsteiligen Gesellschaft einzig das System der Marktwirtschaft den effektiven Bedürfnissen der Individuen gerecht wird, sollte dieses möglichst rein verwirklicht werden. Wie weit können jedoch monopolistische Verfälschungen in Kauf genommen werden, um den Staat auf dem Wege der Antimonopolpolitik nicht zu mächtig werden zu lassen, wie weit darf die Marktwirtschaft im Dienste strukturpolitischer Ziele gelenkt, wo darf sie zu diesem Zwecke ausgeschaltet werden?

Diese Aufgabenstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll nur die besondere Art der Problematik zeigen. Sie soll demonstrieren, wie das Verfahren, die gesellschaftspolitischen Ziele unabhängig voneinander aufzustellen und ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung zu konkretisieren, in die Irre führt. Da sich die gesellschaftspolitischen Ziele zum Teil widersprechen, müssen sie schon in ihrer allgemeinen Gestalt aufeinander abgestimmt werden. Bei der Konkretisierung der Ziele sind nicht nur die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung in Rechnung zu stellen, sondern es muß auch berücksichtigt werden, inwieweit die Realisierung einer ersten Zielsezung die Erreichung einer zweiten hindert und einer dritten fördert. Radikales Denken führt somit nicht zum Ziel, sondern nur ein sorgfältiges und systematisches Abwägen der Vor- und Nachteile der verschiedenen Programmfpunkte. Das erheischt nicht nur eine eingehende Kenntnis des gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustandes, sondern auch der Möglichkeiten und Schwierigkeiten seiner Veränderung und Beeinflussung, vor allem aber eine geordnete und reich differenzierte Wertbasis, die nur eine religiöse Lehre oder eine wohlfundierte philosophische Weltanschauung zu bieten vermag.

## Der Weg von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft<sup>1)</sup>.

Von Wilhelm Köpke.

### I.

Der ganze Jammer unserer heutigen Menschheit liegt in der Tatsache beschlossen, daß dieses Thema nun ein zweites Mal innerhalb eines halben Jahrhunderts im Mittelpunkt des Interesses steht und wir uns genau wie am Ende des ersten Weltkrieges mit Sorge, Spannung und Hoffnung fragen, welche wirtschaftlichen Aufgaben und Änderungen uns bevorstehen, wenn die Waffen sinken. Aber wenn sich die Tragödie des

<sup>1)</sup> Dieser Aufsatz folgt in seinen Grundzügen einem Vortrage, den der Verfasser am 2. Mai vor dem Verbande der Angestellten der Eidgenössischen Kriegswirtschaftsämter in Bern gehalten hat.

zweiten Weltkrieges nicht vermeiden ließ, können wir dann nicht wenigstens aus den Erfahrungen lernen, indem wir uns erinnern, wie damals alles verlief, und nach Möglichkeit richtig machen, was damals falsch gemacht worden ist? Unendlich qualvoll war ja damals der wirtschaftliche Wirrwarr, der dem Kriege folgte, das Auf und Ab der Konjunkturen, die Willkür der Wirtschaftspolitik, die soziale Not, das Durcheinander der Meinungen, die Zerrüttung der Währungen und der Egoismus, mit dem die Gruppen, Klassen und Nationen das verfolgten, was sie für ihr Interesse hielten. Lag darin nicht bereits der erste Keim jener geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die schließlich zum zweiten Weltkriege führten, und war nicht damals schon die erste revolutionäre Regierung aus den Kriegswirren hervorgegangen, noch bevor der Krieg beendet war? Legen wir daher nicht auch heute durch die Art, wie wir die Probleme des Überganges meistern, den Grund zum Guten oder zum Bösen für eine fernere Zukunft?

Nun haben die Regierungen aller Länder bereits einen sehr eindrucksvollen Beweis dafür geliefert, daß man bestimmte Regiefehler der ersten Aufführung der Tragödie sehr wohl vermeiden kann, und es fragt sich, ob daraus nicht eine Lehre und eine Hoffnung für die Zukunft geschöpft werden könnte. Ohne allen Zweifel sind nämlich diesmal die großen und schweren Aufgaben der eigentlichen Kriegswirtschaft — der Organisation des Mangels — sehr viel besser, energischer und klüger gemeistert worden als vor einem Vierteljahrhundert. Dies hier nachdrücklich auszusprechen ist mir ein besonderes Bedürfnis, da mir gerade die Leistungen der schweizerischen Kriegswirtschaft höchstes Lob zu verdienen scheinen, Leistungen, die nicht zuletzt auch dadurch unsere Dankbarkeit und Anerkennung erworben haben, daß man nach Möglichkeit immer die einfachsten und menschlichsten Lösungen in aller Ruhe zu finden sucht.

Überall ist es bisher in mehr oder weniger großem Maße gelungen, die wirtschaftlichen Aufgaben des Krieges mit Hilfe einer ebenso geschmeidigen wie einschneidenden Politik, deren kollektivistischer Charakter nicht zu verkennen ist, gerechter, wirksamer und mit geringeren Störungen des Preis- und Kostengesäftes und der Währung zu bewältigen als damals. Indessen wird man doch zögern, darin bereits eine gewisse Gewähr für die Zukunft zu erblicken. Möglicherweise liegt hierin sogar eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Hat sich nämlich während des Krieges ein ebenso herzhafter wie geschmeidiger Kriegskollektivismus bewährt, so liegt der Schluß nahe, daraus entsprechende Folgerungen für die Friedenszeit zu ziehen und zu meinen, daß der Kollektivismus — Devisenkontrolle, Rationierung, Preis- und Investitionsüberwachung usw. — auch nach der Rückkehr zu normaleren Verhältnissen das Rechte sein müsse. Dieser Schluß ist bereits während des letzten Weltkrieges — ich erinnere nur an die Schriften von Walther Rathenau und an entsprechende englische Strömungen — gezogen worden, ist aber heute gewiß noch weit popu-

lärer, da ja inzwischen die allgemeine Hinneigung zum Kollektivismus noch gewachsen ist.

Man darf aber getrost sagen, daß dieser Schluß gedankenlos und voreilig ist und zu höchst gefährlichen Verirrungen verführen könnte. Er über sieht nämlich den grundlegenden Unterschied, der zwischen den Aufgaben und den Bedingungen der Kriegswirtschaft und denjenigen der Friedenswirtschaft besteht. Daß wir uns über diesen Unterschied von vornherein klar werden, ist die erste Voraussetzung, wenn wir uns ein zutreffendes Bild von den eigentlichen Problemen des Überganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft machen wollen. In Wahrheit steht es nämlich so, daß gerade der Erfolg des Kriegskollektivismus die Lehre bestätigt, wonach der Kollektivismus, d. h. der Ersatz der Selbststeuerung des Marktes durch den Befehl der Behörde, nur unter Ausnahmebedingungen erfolgreich sein kann, während er nach dem Kriege wieder genau so problematisch werden wird, wie er es immer gewesen ist.

Was die Kriegswirtschaft von der Friedenswirtschaft grundlegend unterscheidet, sind zwei Umstände, ein allgemein soziologischer und ein spezifisch ökonomischer. Der soziologische Unterschied besteht darin, daß nur in einer solchen Notzeit wie derjenigen des Krieges die bis zur Aufopferung des Lebens gehende Hingabe des einzelnen an die Gesamtheit — die „soziale Überintegration“ — und die praktische Übereinstimmung aller in Bezug auf das Produktionsziel der Volkswirtschaft vorausgesetzt werden können, ohne die ein kollektivistisches Wirtschaftssystem nur dann möglich ist, wenn es vor der despatischen Vergewaltigung des Volkes nach dem russischen oder deutschen Muster nicht zurücksticht<sup>2)</sup>. Wenn man sich nicht an die Erfahrungen nach dem letzten Weltkriege erinnern will, so sollte man doch so viel Einbildungskraft und Überlegung besitzen, um sich vorzustellen, wie völlig das soziologische und psychologische Klima der Volkswirtschaft sich ändern wird, sobald die zusammenschweißende Wirkung der tödlichen äußeren Gefahr und der Kriegsleidenschaften aufhört. Es wird wie ein Bann sein, von dem die Menschen plötzlich befreit werden.

Ist also das allgemeine soziologische Milieu während des Krieges dem Kollektivismus überaus günstig, so nicht minder das ökonomische, und damit kommen wir zum zweiten wesentlichen Unterschied zwischen der Kriegs- und der Friedenswirtschaft. Nicht nur nämlich kann man während des Krieges voraussehen, daß nahezu alle in dem Ziele einig sind, die

<sup>2)</sup> Diese Überzeugung darf heute wohl nachgerade als Gemeingut aller Nachdenklichen angesehen werden. Während ich die noch immer skeptisch Bleibenden auf meine eigene Darstellung verweise, die ich nochmals in meinem jüngsten Buche „Civitas Humana“ gegeben habe, ist es mir eine besondere Freude, daß ein englischer Kollege und Freund zu genau denselben Ergebnissen gekommen ist und meine eigene Argumentation noch bereichert (F. A. Hayek, The Road to Serfdom, London 1944).

volkswirtschaftliche Produktion in erster Linie an den Aufgaben der Kriegsführung zu orientieren, vielmehr besteht auch praktische Einigkeit darüber, daß der daraus sich ergebende Gütermangel möglichst gerecht und zweckmäßig auf alle Schultern verteilt werden sollte. Damit erweist sich der Kriegskollektivismus wesentlich als eine Organisation des Mangels. Einerseits dirigiert er die Produktion auf ein eindeutiges und allgemein anerkanntes Ziel, anderseits aber sucht er die Aufgabe zu lösen, die übrigen zivilen Bedürfnisse zu beschränken und diese Beschränkung gerecht zu verteilen. Insofern ist seine Aufgabe negativ und nicht positiv, und es liegt auf der Hand, wie sehr er dadurch begünstigt wird. Denn wie es leichter ist, ein Pferd am Trinken zu hindern als es dazu zu zwingen, so kann man in der Wirtschaftspolitik eher die Leute am Kaufen hindern als sie dazu bewegen. Weiterhin ist zu bedenken, daß, je größer der Mangel ist, es sich in der Wirtschaftspolitik um so mehr um Güter des dringenden Bedarfs handelt, in deren Falle die Wertskala der Individuen nicht allzu verschieden voneinander sind.

Man braucht sich das alles nur im einzelnen klarzumachen, um sofort zu erkennen, wie ganz anders die Umstände sein werden, sobald der Krieg beendet ist, und wie gefährlich es wäre, diesen wesentlichen Unterschied zu übersehen. In der Tat tritt im Frieden alles, was man an durchschlagenden Argumenten gegen den Kollektivismus und zugunsten der Marktwirtschaft je vorgebracht hat, wieder vollkommen in seine Rechte. Die unbestreitbaren Leistungen der kollektivistischen Kriegswirtschaft ändern also nichts an der Fragestellung, wie sie immer bestanden hat, ja es gibt sicherlich neben den positiven Erfahrungen, die man heute unter einem Ausnahmezustand machen kann, auch sehr negative, — Enttäuschungen, die umso schwerer wiegen, als sie unter den für den Kollektivismus denkbar günstigsten Umständen eingetreten sind. Und sicherlich stehen diejenigen, die sich durch den Kriegskollektivismus ermutigt oder in ihren Interessen gefördert fühlen, ebensoviele gegenüber, die der „insolence of office“, der Kommandowirtschaft, herzlich satt sind, und zwar aus sehr begreiflichen und möglicherweise sogar zu billigenden Gründen. Per saldo also scheint es, daß es ganz im Gegensatz zu der hier kritisierten Meinung nach diesem Kriege innerlich um die Sache des Kollektivismus eher schlechter als besser stehen wird. Das darf man um so entschiedener aussprechen, wenn man auf der anderen Seite zugibt, daß in den am schlimmsten vom Kriege verheerten Ländern nach dem Ende der Feindseligkeiten Zustände herrschen könnten, die die dem Kriegskollektivismus günstigen Umstände — Notstandsintegration und hochgradige Mangelwirtschaft — weit in den Frieden hinein verlängern und daher eine Fortsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kriegskollektivismus noch auf geraume Zeit legitimieren. In diesem melancholischen Milieu der Baracken und Suppenküchen wird der Kriegskollektivismus also möglicherweise noch längere Zeit gedeihen und nützlich sein.

## II.

Nachdem wir so eine wesentliche Orientierung über das allgemeine Klima der Kriegs- und Friedenswirtschaft mit seinen schroffen Gegen-sätzlichkeiten gewonnen haben, fragt es sich nunmehr, ob nicht Überlegung und Erfahrung uns gestatten, ein wenig in den Nebel der Zukunft hineinzuleuchten, und uns die mutmaßliche wirtschaftliche Entwicklung nach diesem Kriege in ihren Umrissen zeigen können. Ehe wir über die Wege und Methoden der Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit Erwägungen anstellen, müssen wir uns ein ungefähres Bild von ihren Aufgaben zu machen versuchen. Daß man sich hierbei selbst bei größter Vorsicht irren kann, ist selbstverständlich. Indessen läßt es sich gewiß verantworten, einige wesentliche Punkte herauszuheben, wobei hinzuzufügen ist, daß über sie heute in unterrichteten Kreisen aller Länder eine weitgehende Einigkeit zu bestehen scheint<sup>3)</sup>.

Die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege wird entscheidend durch zwei Hauptaufgaben bestimmt sein: diejenige der Umstellung und Anpassung und die andere des Wiederaufbaus, von denen jede mit der anderen in enger Wechselbeziehung steht und ihre Lösung erleichtert. Beides sind Aufgaben von einer Schwere, die auf alle Gemüter drückt und für eine Stimmung verantwortlich ist, die als Ernst zu begrüßen, als Pessimismus aber verwerflich und gefährlich, weil lärmend und verwirrend ist. Damit der Ernst nicht in lärmenden Pessimismus ausartet, tun wir gut, uns immer daran zu erinnern, daß man kaum zugleich pessimistisch in bezug auf die Aufgabe der Umstellung und Wiederanpassung und die andere des Wiederaufbaus sein kann, denn je riesiger die Aufgabe des Wiederaufbaus ist, um so eher und schneller wird sich im allgemeinen die andere der Umstellung und Wiederanpassung des Wirtschaftslebens dank der stürmischen Natur des Wiederaufbaubedarfs lösen lassen.

Die Aufgabe der Umstellung und der Wiederanpassung ergibt sich daraus, daß nach dem Kriege eine umwälzende Änderung der meisten wirtschaftlichen Bedingungen zu erwarten ist: Der bereits erwähnte Wechsel des allgemeinen soziologischen Klimas, der Wegfall des eindeutigen Produktionsziels an Stelle der Mangelwirtschaft, die Normalisierung des Wirtschaftslebens mit ihrer großen Mannigfaltigkeit an Bedürfnissen und Gütern, die wieder in wachsendem Maße zur Verfügung stehen, die Zurückhaltung des Riesenkonsumenten „Staat“, dessen Warenhunger unersättlich war und die normale Konsumtion erdrückte, die Demobilisierung und die zunehmende Wiederbelebung des internationalen Handels mit der Wiederkehr der ausländischen Konkurrenz, die uns plötzlich vor allerlei Überraschungen stellen könnte, — und dies alles in einem Augen-

<sup>3)</sup> Ich selbst knüpfe hier an folgende meiner eigenen Veröffentlichungen an: Die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege, Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Heft 1, 1942; Internationale Wirtschaftsprobleme nach dem Kriege, Neue Zürcher Zeitung Nr. 294 vom 20. Februar 1944.

blick, in dem ohnehin alles durcheinander gewirbelt und das Wirtschaftssystem vieler Länder gänzlich aus den Fugen geraten sein wird, während man sich daran erinnert, daß die großen Industrieländer schon vor dem Kriege verzweifelt gegen Depression und Unterbeschäftigung anzukämpfen hatten.

Daraus wird sich gewiß eine Periode der Unordnung, Verwirrung und Lähmung ergeben, und daher auch die Notwendigkeit, die notwendige Umstellung und Wiederanpassung nach Kräften zu beschleunigen und zu erleichtern, eine Notwendigkeit, die der staatlichen Wirtschaftspolitik eine ebenso große wie dankbare Aufgabe stellt und als ein idealer Fall der sogenannten Anpassungsintervention gelten muß. Wenn man mich fragen würde, was denn ein liberaler Wirtschaftsminister mit dem riesenhaft angewachsenen Apparat der staatlichen Kriegswirtschaft nach dem Kriege beginnen sollte, so würde ich antworten, daß hier unter allen Umständen ein höchst wichtiges Feld bereit liegt, daß man bereits während des Krieges vorbereiten kann, um es dann, wenn man unmittelbar bei Kriegsende einen genaueren Überblick über alle Umstände besitzt, konkret in Angriff zu nehmen. Es würde so dem Staate die sehr bedeutsame Rolle zufallen, einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft, die den Anpassungsschock der Übergangsperiode mit besonderer Wucht spüren werden, die Umstellung auf neue Erwerbsmöglichkeiten, neue Produktionsverfahren oder neue Märkte durch genaue Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch Marktanalysen, Produktionsberatung, Umschulung und Kredithilfen nach Kräften zu erleichtern. Daß das keineswegs in einer starren bürokratischen Form zu geschehen braucht, beweist das Beispiel der schweizerischen Hotelsanierungsaktion (F. Seiler, A. Meili, Cottier), die mir in vieler Beziehung vorbildlich erscheint, und ebenso das von Nationalrat Schnyder geleitete Siedlungswerk. Ich habe den Eindruck, als ob man gut daran täte, von diesen Beispielen inspiriert, schon jetzt die mutmaßliche Lage bestimmter Wirtschaftszweige nach dem Kriege zu prüfen und Pläne auszuarbeiten, die ihnen den Weg zu einer Position zeigen, die den neuen Bedingungen des Friedens gewachsen ist, und ihnen im Notfalle auch eine kleine Wegzehrung versprechen. Mir scheint, als ob sich hier auch die Möglichkeit bieten würde, etwa der Landwirtschaft einen Weg zu weisen, der sie von dem überaus gefährlichen und wahrscheinlich überhaupt kaum völlig gangbaren Wege der bloßen Erhaltungsintervention abbringt und so das Sonderinteresse und das Gesamtinteresse auf einer höheren Ebene versöhnt. So glaube ich, daß sich auch hier die neoliberale Philosophie des Dritten Weges bewahren könnte.

In dieser Politik, die Schwierigkeiten der Umstellung und Anpassung nach Kräften und in intelligenter Weise zu mildern, liegt wahrscheinlich die vornehmste Aufgabe der Übergangswirtschaft, eine Aufgabe der liberalen Intervention, deren Ehrgeiz es ist, sich selbst überflüssig zu machen.

Indessen würde man das Wesen der Anpassungsintervention verkennen, wenn man sich die Anpassung und Umstellung als ein bloßes Werk der Obrigkeit vorstellen wollte. Diese kann nur stützen und helfen, während es in der Hauptache den einzelnen überlassen bleiben muß, neue Arbeitsstellen und Erwerbsformen zu finden, sofern wir nicht unser Wirtschaftssystem vollkommen dem Kollektivismus opfern wollen. Wieder einmal stellt es sich heraus, daß wir im letzten nur die Wahl zwischen der Marktwirtschaft und der Kommandowirtschaft haben: entweder gehen die Menschen von selbst zu den neuen Erwerbsformen oder Arbeitsstellen über oder sie werden dazu vom Staaate gezwungen — andernfalls sie der Arbeitslosigkeit anheimfallen. Spontan wird sich diese Umstellung aber nur dann vollziehen, wenn sich die Preise und Löhne ungehindert so verschieben können, wie es den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Können wir diese Freiheit der Preis- und Lohnbildung in Zukunft nicht mehr voraussehen, so wird die Aufgabe der Umstellung — und damit der Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit — in der Tat nur noch mit den Zwangsmethoden des Kollektivismus gelöst werden können<sup>4)</sup>.

Nun wird, wie gesagt, die Aufgabe der Umstellung dadurch außerordentlich erleichtert, daß ja gleichzeitig die andere Aufgabe des Wiederaufbaus zu lösen sein wird. Diese wird uns auf lange Zeit von der — übrigens ohnehin mehr eingebildeten als wirklichen — Verlegenheit befreien, Beschäftigung für die durch das Kriegsende freigewordenen Produktionskräfte zu finden, zumal zum eigentlichen Wiederaufbau aller durch den Krieg verursachten Zerstörungen noch drei weitere und im selben Sinne wirkende Aufgaben hinzukommen: der Ersatz des während des Krieges

<sup>4)</sup> H a y e k (a. a. D., S. 153 f.) formuliert das gut mit folgenden Worten: „Es wird nach dem Kriege die dringende Notwendigkeit bestehen, zahlreiche Menschen in andere Arbeitsstellen überzuführen. Viele von diesen aber werden feststellen, daß die Arbeit, die sie bekommen können, weniger gut bezahlt ist als ihre frühere. Selbst Umschulung, die sicherlich in großem Umfange vorgenommen werden sollte, kann dies Problem nicht völlig lösen. Denn immer wird es viele Leute geben, die, wenn sie danach bezahlt werden, was ihre Leistung der Gesellschaft dann wert ist, unter jedem Wirtschaftssystem sich mit einer Verschlechterung ihrer materiellen Lage im Vergleich zu anderen abfinden müßten. Sollten dann die Gewerkschaften sich mit Erfolg einer Herabsetzung des Lohnes der betreffenden Gruppen widersetzen, dann stehen nur zwei Wege offen: entweder der Weg des Zwanges, durch den gewisse Individuen für eine zwangsweise Überführung in andere und relativ schlechter bezahlte Arbeitsstellen ausgewählt werden, oder aber diejenigen, die nicht länger zu den relativ hohen Löhnen der Kriegszeit beschäftigt werden können, müssen der Arbeitslosigkeit so lange ausgesetzt werden, bis sie bereit sind, Arbeit zu einem relativ niedrigeren Lohn anzunehmen. Dies ist ein Problem, das sich in einer sozialistischen Gesellschaft genau so stellen würde wie in einer anderen“. Die Gerechtigkeit verlangt freilich, diese Betrachtung nicht auf die Arbeitslöhne zu beschränken, sondern sie auf alle Preise und Kosten auszudehnen. Gerade in der Schweiz dürfte dazu besonderer Anlaß bestehen, da ja hier das Anpassungsproblem dank einer im Ganzen maßvollen Haltung vieler Gewerkschaften weit weniger als in England ein Problem der Industrielöhne sein dürfte.

verbrauchten Teiles des festen oder umlaufenden Kapitals der Volkswirtschaft (Erholbedarf), die Befriedigung des während des Krieges ungestillt gebliebenen Bedarfs an mehr oder weniger dauerhaften Konsumgütern (Nachholbedarf) und letztens die Deckung desjenigen Bedarfs an Produktionsgütern, der auf dem während des Krieges sich vollziehenden technischen Fortschritt fußt (Fortschrittsbedarf). Wir täuschen uns gewiß nicht, wenn wir die Gesamtsumme dieses vierfachen Bedarfs in astronomischen Ziffern schätzen, wobei wir noch zu berücksichtigen haben, daß vor allem in den Vereinigten Staaten die Bedarfssstauung zu einem bedeutenden Teil — vor allem hinsichtlich des so wichtigen Wohnungsbedarfs — weit in die Vorkriegszeit zurückreicht.

Wir dürfen also mit Sicherheit annehmen, daß sich ein so ungeheurer, unauffassbarer und spontan sich äußernder Bedarf an Konsumgütern, Produktions- und Verkehrsmitteln, Häusern, Maschinen und an allem, was zur Erneuerung der zerstörten oder verschlissenen Einrichtungen nötig ist, geltend machen wird, daß die Frage, wo das sich stauende Kapital lohnende Anlage finden soll, auf lange Zeit hinaus fast wie ein Hohn klingen wird. Umgekehrt läßt sich vielmehr zeigen, daß diese Lage zu einer Erscheinung führen wird, der viele Menschen sich bereits entwöhnt glaubten, nämlich zu einem ausgesprochenen Kapitalmangel, der das Sparen wieder dazu machen wird, was es ja normalerweise immer ist, nämlich einer Tugend für den vorsorgenden einzelnen und einer Notwendigkeit für die Gesamtheit. Man braucht sich ja nur zu überlegen, daß selbst, soweit die menschlichen und sachlichen Produktivkräfte vom Kriege verschont geblieben sind, die Möglichkeit, sie für den Wiederaufbau einzusetzen, dadurch begrenzt ist, daß ein Teil von ihnen immer der Befriedigung des laufenden Existenzbedarfs der Bevölkerung vorbehalten bleiben muß. Der Kapitalmangel wird nun daraus entstehen, daß der riesige Konsumbedarf und der ebenso riesige Bedarf an Kapitalgütern (Zukunftsgütern wie Maschinen, Gebäuden, Brücken usw.) mit äußerster Erbitterung um die vorhandenen — und im Durchschnitt der kriegsverheerten Länder außerordentlich verminderten — Produktivkräfte rivalisieren werden. Das Ergebnis dieses Ringens ist die Knappheit an Produktionskraft, die der Zukunft und nicht der unmittelbaren Gegenwart dient, d. h. an Kapital. Das Wiederaufbauproblem ist so sehr ein gigantisches Kapitalproblem, daß man wahrscheinlich in den am meisten verheerten und verarmten Ländern seine Zuflucht zu einer Reihe von mehr oder weniger kollektivistischen Maßnahmen nehmen wird, um die Lösung dieses Problems nicht völlig den spontanen Kräften des Wirtschaftslebens zu überlassen, von der Kapitalhilfe des Auslandes ganz abgesehen. Man wird sich nicht allein auf das echte und freiwillige Sparen als Kapitalquelle verlassen und auch die damit verbundene Zinssteigerung nicht ohne weiteres hinnehmen wollen, sondern den Spielraum durch direkte Eingriffe (Steuern, Zwangsanleihen, Arbeitsdienst, Rationierung, „Aufkraftabschöpfung“, Konsum-

lenkung, Außenhandelskontrolle u. a.) zu erweitern trachten, sofern man eben nicht den so bequemen und gefährlichen Weg der Inflation gehen will.

Hier erhebt sich die Frage, inwieweit diese besondere Notlage, die einzelne Länder vorerst noch zu einer Fortsetzung ihrer kollektivistischen Kriegswirtschaft bestimmen könnte, internationale Rückwirkungen hat, die auch ein Land wie die Schweiz berühren werden. In gewissem Umfange wird das sicherlich der Fall sein, vielleicht etwa in der Form, daß der von mehreren Seiten — insbesondere von der Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes<sup>5)</sup> — gemachte Vorschlag, gewisse knappe Rohstoffe zugunsten der am meisten notleidenden Länder international durch ein überstaatliches Komitee zu rationieren und so eine Art von internationalem Zwangssparen ins Leben zu rufen, verwirklicht wird, was auch in der Schweiz die Periode der inneren Rationierung verlängern würde, wenn auch möglicherweise nur um eine recht kurze Zeitspanne. Entsprechende Rückwirkungen auf die Schweiz würde es haben, wenn sich wichtige Länder durch die Notlage der Wiederaufbauperiode gezwungen glauben sollten, das System kollektivistischer Außenhandels- und Devisenregulierung länger beizubehalten, als es vernünftig wäre, so daß die Schweiz in ihren Wirtschaftsbeziehungen mit jenen Ländern noch längere Zeit über das Kriegsende hinaus in dem Zwangssapparat des bilateralen Clearingverkehrs eingezwängt bliebe.

Wenn wir uns so die großen Aufgaben der unmittelbaren Nachkriegswirtschaft vor Augen halten, können wir einigermaßen abschätzen, wie sich die Gesamtkonjunktur nach dem Kriege entwickeln dürfte. Nicht unähnlich der Zeit nach dem ersten Weltkriege wäre wohl mit drei aufeinanderfolgenden Phasen zu rechnen. Die erste, nämlich die Shockphase, wird sich aus den Störungen ergeben, die die Umstellung, Neuapprassung, Demobilisierung, Unsicherheit und politisch-soziale Desorganisation unmittelbar nach Kriegsende mit sich bringen, während die vierfache Bombe des Wiederaufbau-, Ersatz-, Nachhol- und Fortschrittsbedarfs noch nicht zur Entladung gekommen ist. Sie wird wahrscheinlich sehr heftig sein, aber weder die Überlegung noch die Erfahrung der letzten Nachkriegszeit zwingen zu dem Schluß, daß sie lange dauern müßte. Wie ich schon vor mehr als zwei Jahren in meinem erwähnten Basler Vortrag ausführte, wird diese Shockphase trotz mancher oberflächlichen Ähnlichkeit deshalb nicht mit einer normalen Konjunkturdepression verwechselt werden dürfen, weil sie weniger durch ein langfristiges Mißverhältnis zwischen Sparen und Investieren als vielmehr durch alle möglichen Arten irregulärer Störungen bestimmt sein wird, die rascher überwunden zu werden pflegen als die durch eine normale Hochkonjunktur verursachten tiefen Störungen organischen Charakters. Diese Erwägung macht es wahr-

<sup>5)</sup> In der vom Völkerbund herausgegebenen Schrift „The Transition from War to Peace Economy“ (Report of the Delegation on Economic Depressions, I, Genf 1943).

scheinlich, daß die Schockphase auch diesmal so rasch wie nach dem letzten Kriege durch eine zweite entgegengesetzte Phase abgelöst werden wird<sup>6)</sup>, die Phase des Nachkriegsaufschwunges, der von dem Mißverhältnis zwischen den durch den Krieg geschwächten Produktionsmöglichkeiten und der jetzt erfolgenden Aktualisierung der viersachen Bedarfssättigung gespeist wird. Da sich dieser Aufschwung aber davon nährt, das Mißverhältnis zu beseitigen, so wird ihm als dritte Phase die Nachkriegsreaktion folgen, die ganz unvermeidlich ist, deren Grad aber entscheidend von den Grenzen abhängen wird, in denen der vorhergehende Aufschwung gehalten werden konnte.

### III.

Dies dürfte das Minimum an Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten sein, das man sich vergegenwärtigen muß, wenn man nicht in den vagsten Vorstellungen über den Weg von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft stecken bleiben will. Von ihnen muß man auch ausgehen, wenn man die Frage stellt, in welchem Umfange das System der Kriegswirtschaft aufrechterhalten werden soll, damit jener Weg nicht wie das letzte Mal in gefährvolle Abgründe führt. Da es aber ganz unmöglich ist, die Frage bei dieser Gelegenheit vollständig zu beantworten, so müssen wir uns mit einigen wenigen Hinweisen begnügen. Nachdem bereits das Problem der Unpassungsintervention gestreift worden ist, dem in der Tat ganz besondere Bedeutung beizumessen ist, soll im folgenden nur noch die Frage geprüft werden, welches angesichts der wahrscheinlichen Auseinanderfolge der drei Konjunkturphasen die zweckmäßigste Wirtschaftspolitik sein dürfte.

Wenn es richtig ist, daß auf eine heftige Schockphase ein potentiell kräftiger Aufschwung und auf diese eine Depression folgen werden, so liegen einige Folgerungen für die zweckmäßigste Lenkung dieser Schwankungen auf der Hand. Zum ersten würde es darauf ankommen, die Schockphase, die an sich schon kurz zu sein verspricht, zu mildern und möglichst rasch zu überwinden, indem man nicht in den Fehler verfällt, sofort den Kurs der Finanzpolitik herumzuwerfen und mit der Amortisierung der Kriegsschulden zu beginnen, indem man, wie Professor Cassel das empfiehlt, möglichst die jetzt irgend entbehrlichen Hemmnisse kollektivistischer Restriktionspolitik beseitigt, indem man jene Unpassungsintervention ins Werk setzt, von der weiter oben die Rede war, und vielleicht sogar einen Teil der Rüstungsproduktion weiterlaufen läßt, was ja, wenn der europäische Krieg vor dem asiatischen zu Ende gehen sollte, sogar den strategischen Notwendigkeiten entsprechen könnte. Eine andere Frage ist es,

<sup>6)</sup> In England war nach dem letzten Kriege bereits im Frühjahr 1920 praktisch die Gesamtheit aller durch das Kriegsende freigesetzten Arbeitskräfte von der für den Zivilbedarf arbeitenden Industrie absorbiert worden (A. C. Pigou, *The Transition from War to Peace*, London 1943, S. 7).

man die wohl überall bereitgehaltenen Programme der Arbeitsbeschaffung schon jetzt einsetzen oder für die spätere dritte Phase der eigentlichen Nachkriegsdepression aufzubereiten soll. Wenn man bedenkt, daß die Schockphase wahrscheinlich kurz sein wird, anderseits aber einmal eingeleitete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen schwer wieder rückgängig gemacht werden können und die finanziellen Möglichkeiten in dieser Hinsicht ohnehin so begrenzt sind, daß, was jetzt für umfassende öffentliche Arbeiten ausgegeben würde, späterhin in der eigentlichen Nachkriegsdepression kaum noch einmal aufgewendet werden könnte, so erscheint es besser und vorsichtiger, zunächst unmittelbar nach Kriegsende noch eine abwartende Haltung einzunehmen, um zu sehen, ob man dieses Pulver nicht für die dritte Phase aufheben sollte<sup>7)</sup>.

Diese dritte Phase der eigentlichen Nachkriegsdepression — darin stimmen wohl die meisten Beobachter heute überein, und das lehren auch die Erfahrungen nach dem letzten Weltkriege eindringlich genug — stellt das eigentliche Problem der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik nach dem Kriege dar. Da aber die Schwere und Dauer dieser späteren und eigentlichen Nachkriegsdepression im wesentlichen von der Heftigkeit der vorhergehenden Phase des Nachkriegsaufschwunges abhängen wird, kommt alles darauf an, ob es diesmal besser als damals gelingt, den Aufschwung zu beherrschen und ihn vor einem Exzeß zu bewahren. So spielt sich die ganze Frage der wirtschaftlichen Stabilität nach dem Kriege auf dieses Problem der Dämpfung des Nachkriegsaufschwunges zu, der möglicherweise schon binnen einem Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten beginnen wird.

Die Frage, die wir damit aufwerfen, ist außerordentlich komplex, so daß wir uns auch hier wiederum mit einigen Hinweisen begnügen müssen. Der heutige Meinungsstreit dreht sich vor allem darum, ob sich nicht gerade für diese Aufgabe der Aufschwungsdämpfung der Apparat der kollektivistischen Kriegswirtschaft mit Rationierung, Prioritäten, Preisfestsetzungen und Kontrollen des Kapitalmarktes als wertvoll erweisen könnte, so daß man ihn mindestens bis zum Beginn der dritten Nachkriegsphase nicht beseitigen sollte. Obwohl diese Frage selbst von einem so maßvollen Manne wie Pigou bejaht wird, gibt es viele und schwerwiegende Gründe, die dagegen sprechen<sup>8)</sup>. Wenn man demgegenüber auf die Erfahrungen der Jahre 1919—20 verweist, so ist es eigentlich erstaunlich,

<sup>7)</sup> Darin stimmen so verschiedene Autoritäten wie der erwähnte Völkerbundesbericht und der letzte (13.) Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vollkommen überein. Der letztgenannte hebt auch mit Recht hervor, daß öffentliche Arbeiten leider geeignet sind, die für die Umstellung und Anpassung so wesentliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte und die allgemeine Anpassungsfähigkeit der Industrie herabzusetzen. Sie wirken also damit der Politik der Anpassungsintervention entgegen.

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: W. Röpke, Internationale Wirtschaftsprobleme nach dem Kriege, Neue Zürcher Zeitung, Nr. 294 vom 20. Februar 1944.

daß man sie zugunsten des Kollektivismus auslegt. Es ist zum mindesten eine starke Übertreibung, wenn man es so darstellt, als ob der eigentliche Fehler jener Zeit die rasche Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln des Kriegskollektivismus gewesen wäre, statt sich daran zu erinnern, daß es die unerträglichen monetären Erschütterungen mit ihren Inflationen und Deflationen gewesen sind, die das Chaos verschuldet haben. „After the war of 1914–18 money got out of hand“ (Pigou). Inflation, Deflation, und daraus folgende Wirrnis der Preise, Kosten, Konkurrenzverhältnisse, Devisenkurse und internationalen Handelsbeziehungen — das waren die eigentlichen und verhängnisvollen Fehler, die man jetzt nur zu wiederholen braucht, um die gleichen Folgen zu ernten, mit oder ohne den Apparat des Kriegskollektivismus. Auf die Wiederholung dieses Verhängnisses sind alle Energie und alle wirtschaftspolitische Weisheit zu konzentrieren. Es wird auch niemand im Ernst behaupten wollen, daß die Finanz- und Währungszerstörung jener Zeit durch ein Zuwenig an Kollektivismus verursacht worden ist, obwohl sich trotz den Erfahrungen, die man nunmehr überall sammelt, in bestimmten Kreisen wohl immer noch hartnäckig die Meinung erhält, daß man durch Preis-, Devisen-, Investitions- und Kostenkontrolle die Wirkungen einer gleichzeitigen Inflation nicht nur verzögern, sondern sogar beliebig lange neutralisieren kann. Wenn es einen Zusammenhang zwischen Inflation und Kollektivismus gibt, so ist es gerade der umgekehrte: Die allerschlimmste Inflation hat sich in Russland, Deutschland und Österreich im Zeichen einer Wirtschaftspolitik und unter Regierungen entwickelt, die im Falle Russlands extrem kollektivistisch und im Falle Deutschlands und Österreichs unter dem überwiegenden Einfluß kollektivistischer Ideen standen und im Namen eines neuen „sozialen Zeitalters“ eine Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben, die durch die Inflation zum größten sozialen Unrecht aller Zeiten geführt hat. Wirtschaftlich, sozial und ideologisch ist damals die Saat gesät worden, die 1933 aufging und heute geerntet wird. Hier liegt die Lehre, die man heute beherzigen sollte, und ob sich das, was sich damals in Deutschland ereignete, jetzt in anderen Ländern wiederholen soll, — das ist die Frage<sup>9)</sup>.

Haben wir also allen Grund, die wirklichen Verantwortlichkeiten richtigzustellen, die Aufmerksamkeit auf die Gefahr der erneuten Zerrüttung des Geldwesens zu lenken und der Atmosphäre des Kollektivismus aufs tiefste zu misstrauen, so heißt das nicht, daß nicht einzelne sorgsam platzierte nichtkonforme Eingriffe in der Dämpfung des Nachkriegsaufschwunges nützliche Dienste leisten könnten. Es entsteht nämlich die Frage, ob nicht angesichts der vierfachen Massierung des angestauten Bedarfs ein Teil der sich dann entfaltenden Nachfrage durch bestimmte Eingriffe, ins-

<sup>9)</sup> Es ist dies auch die Frage, die Hayek in seinem erwähnten Buche beschäftigt, einem Buche, das einem wahren Alarmruf gleichkommt.

besondere solche auf dem Kapitalmarkte, zurückgehalten und gleich den öffentlichen Arbeiten für die letzte Reaktionsphase aufgespart werden sollte. Eine besondere Gefahr liegt ja gewiß darin, daß nunmehr ein großer Teil der Kriegsersparnisse liquidiert und zwecks Ankauf von Konsumgütern (Nachholbedarf) oder Kapitalgütern (Erfaß- und Fortschrittsbedarf) direkt oder indirekt (nämlich durch Ankauf von industriellen Neuemissionen) in Güternachfrage umgesetzt werden könnte. Das hätte zwei höchst unerwünschte Folgen, die beide dem Aufschwung den verhängnisvollen inflatorischen Charakter geben könnten: eine Aufzettelung des Aufschwungs von der Güterseite her und eine solche von der Geldseite, da nunmehr der Staat, der der Déroute seiner Fonds nicht ruhig zuschauen will, sich dazu genötigt sehen könnte, dem Verkaufsdruck auf dem Anleihenmarkt durch Kreditexpansion entgegenzutreten. Es fragt sich, ob in dieser Situation z. B. nicht eine strenge Kontrolle der privaten Neuemissionen in Erwägung gezogen werden könnte.

Könnte also auch ein grundsätzlich liberaler Wirtschaftspolitiker sich in diesem Punkte zu vereinzelten Konzessionen genötigt sehen, die sich aus der einzigartigen Situation einer vierfachen Bedarfsmassierung ergeben, so stellen sich doch sofort wieder andere Erwägungen ein, die zu äußerster Vorsicht mahnen und den Gedanken nahelegen, nichts unversucht zu lassen, um den Zweck der Aufschwungsdämpfung mit konformen statt mit nichtkonformen Maßnahmen zu erreichen, Maßnahmen, die vor allem solche der Geldpolitik und der öffentlichen Finanzgebarung sind<sup>10)</sup>). Unter diesen Erwägungen hat die nachstehende den ersten Platz: Über allen Problemen des Augenblicks und des Überganges (Interimspolitik) dürfen wir niemals die große Horizontlinie der Dauerprobleme und der ferneren Zukunft (Dauerpolitik) vergessen. Wir müssen uns hüten, in der Wirt-

<sup>10)</sup> Wenn es zum Zwecke der Dämpfung der Nachkriegshäusse wichtig ist, die Liquidationswelle der Kriegsersparnisse nach Möglichkeit einzudämmen, so stehen gerade hierfür viele konforme Maßnahmen zur Verfügung. Interessant ist in dieser Beziehung z. B. das Experiment des amerikanischen Schatzamtes, das neuerdings einen Typus von Sparbonds geschaffen hat, deren Verzinsung mit der Dauer des Besitzes steigt. Derselbe Zweck könnte ganz allgemein dadurch erreicht werden, daß während des Nachkriegsaufschwunges, der durch eine Tendenz zur Steigerung des durchschnittlichen Kapitalzinses gekennzeichnet sein wird, eine „Hinaufkonvertierung“ der Staatsanleihen vorgenommen und auch sonst alles getan wird, um die Liquidationsneigung der Sparer durch eine Steigerung des Zinses zu bekämpfen, wozu auch eine Herabsetzung der Besteuerung des Kapaleinkommens gehören würde. Es ist seltsam, daß heute auf diese natürliche Funktion des Zinses als des Hauptregulators der Wirtschaftsschwankungen noch eigens hingewiesen werden muß, nachdem bestimmte nationalökonomische Theorien der letzten zehn Jahre in diesem Punkte sehr viel Verwirrung angerichtet haben. Unter den konformen Maßnahmen der öffentlichen Finanzgebarung wäre die Möglichkeit zu nennen, daß in der Steuerveranlagung der Unternehmungen während der Nachkriegshäusse Abzüge für Abschreibungen nur in eingeschränktem Umfange, in der darauf folgenden Depression aber um so liberaler zugelassen werden, daß Bauabventionen eingestellt werden, und vieles andere mehr.

schafspolitik von der Hand in den Mund zu leben, und wir sollten es nicht dahin kommen lassen, die Lösung eines Übergangsproblems damit zu erkaufen, daß wir die Lösung der letzten und dauernden Aufgaben unmöglich machen. Diese aber gipfeln darin, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, daß die Krücken des Kollektivismus entbehren kann und jene Freiheit, Gerechtigkeit und wohlstandsschaffende Kraft besitzt, die nur der Marktwirtschaft eigen sind und die Grundlage einer Gesellschaft bilden, in der allein sich atmen läßt und zu leben verloht. Wenn wir aber die Lebensfrist des Kollektivismus, der schon vor dem Kriege — als Erbe des letzten! — üppig wucherte und nun während des Krieges schlechthin herrschend geworden ist, immer wieder verlängern und dafür immer neue Argumente erfinden, wenn wir ihn sogar während des Nachkriegsaufschwunges noch beibehalten wollen, wann sollen wir dann hoffen, ihn wirklich loszumerden? Wenn wir aber mit einem solchen kollektivistisch durchsetzten Wirtschaftssystem in die gefürchtete eigentliche Nachkriegsdepression der dritten Phase eintreten, so besteht die Gefahr, ja noch mehr, die Gewißheit, daß das Wirtschaftsleben nicht mehr mit der der Marktwirtschaft eigenen Kraft das Gleichgewicht wiederfindet und der Rest dieses fünften Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts sich in wesentlichen Hinsichten nicht von dem so verhängnisvollen vierten unterscheiden wird. Vor einer solchen Zukunft aber kann man nur sein Haupt verhüllen. So vieles steht also auf dem Spiel — das ist der Gedanke, der uns schon in der unmittelbaren Zukunft gegenwärtig sein muß, wenn es die zweckmäßigsten Maßnahmen gegenüber den drängenden Aufgaben des Tages abzuwägen gilt. Nur wenn wir mit der Sorge um den Augenblick den Blick auf das Ferne, Grundsätzliche und dauernd Gültige verbinden, werden wir imstande sein, die Riesenaufgabe unserer Generation zu lösen und unseren Kindern eine bessere Welt zu hinterlassen.

## Algier im Lichte seiner Zeitschriften.

Von Raymond Deonna.

**D**as Waffengetöse und die vielen sich widersprechenden Propagandasstimmen haben zwischen unserm Lande und der Außenwelt einen richtigen Wirrwarr entstehen lassen. Unter diesen Umständen ist es schwierig, wenn nicht ganz unmöglich, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden und sich eine objektive Meinung darüber zu bilden, welche Einstellung hinsichtlich der heutigen und der kommenden Probleme in den Kreisen gewisser emigrierter oder dissidenter Regierungen herrscht. Dies trifft ganz besonders für das „Französische Nationale Befreiungskomitee“ zu, das kürzlich den Titel „Gouvernement Provisoire de la France“ angenommen hat. Die uns aus den afrikanischen Gebieten des Mittelmeers direkt zukommenden